

Aus der Verbandszentrale

Jeden Tag fehlt jemand. Schulabsentismus wahrnehmen und entgegenwirken!

Bonn, 27.5.2019. Für eine steigende Zahl junger Menschen ist ein regelmäßiger Schulbesuch nicht gangbar. Das stellten über 100 Expertinnen und Experten aus Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe anlässlich der Fachtagung „Schulabsentismus. Alternative Wege zum Schulabschluss“ am 27. und 28. Mai in Bonn fest.

„Das Ausmaß lässt sich nur sehr schwer beziffern. Belegen lässt sich aber, dass der Absentismus von 12% in der Primarstufe auf 19% in der Klassenstufe 9/10 ansteigt. Die häufig fehlenden Kinder und Jugendlichen werden von den Lehrkräften überwiegend (zu 61,8%) als „verhaltensauffällig“ beschrieben.“ erklärt Prof. Dr. Thomas Hennemann von der Universität Köln. Dennoch findet das Phänomen Schulabsentismus viel zu wenig Beachtung. Für betroffene junge Menschen ist Schule schwänzen belastend, weil sie aus einem zentralen Lebensort ausgegrenzt sind. Zudem schwinden ihre Aussichten auf eine erfolgreiche berufliche Integration und damit auch auf ein selbstständiges Leben.

„Wichtig ist, gemeinsam zu reflektieren, was in welcher Form für welche jungen Menschen zielführend ist. Schulen im regulären Schulsystem können von anderen Konzepten lernen und eigene Schulentwicklungsprozesse starten“, sagt Marion Paar, Vorstand der BAG KJS. Denn jeder junge Mensch, der keinen Schulabschluss erreichen kann, ist einer zu viel! Pressemeldung im Wortlaut unter: <http://www.invia-deutschland.de/presse/presse/jeden-tag-fehlt-jemand>

Demokratie lernen, Demokratie leben. 70 Jahre Grundgesetz sind

Aus der Zentrale des DCV

Auszeichnung würdigt Einsatz für Menschen in Not

Berlin/Mannheim, 18. Mai 2019. Caritas-Präsident Peter Neher wurde mit dem Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet. In seiner Würdigung betont Ministerpräsident Winfried Kretschmann, dass Präsident Neher durch seine zahlreichen Vorträge, Interviews und Publikationen in der Öffentlichkeit für soziale Themen sensibilisiert und aktiv an der öffentlichen Meinungsbildung teilnimmt. Wenn nötig, lege er den „Finger in die Wunde“ und weise auf Fehlentwicklungen in der Kirche, im Staat und in der Gesellschaft hin. Dies verlange Mut und ein waches Auge für Menschen, die im Schatten der Gesellschaft leben.

Der Deutsche Caritasverband sieht in dieser Auszeichnung auch eine Ehre und Wertschätzung der Arbeit der vielen Mitarbeitenden der Caritas in Deutschland und weltweit. Meldung im Wortlaut: <https://www.caritas.de/fuer-profis/presse/pressemeldungen/auszeichnung-wuerdigt-einsatz-fuer-menschen-in-not-e2e7a6eb-83c5-4fe6-bf62-1d3f78d5289d>

Kirche & Gesellschaft

Aktivitäten der Initiative Maria 2.0

Katholische Frauenverbände unterstützten den Aufruf der Initiative Maria 2.0 und riefen zur Beteiligung an Aktivitäten auf oder initiierten selber welche. An vielen Orten in Deutschland machten vom 11. bis zum 18. Mai 2019 Frauen, aber auch viele Männer deutlich, dass sie sich eine andere Kirche wünschen, in der Sexualstraftäter keinen Platz haben, das Pflichtzölibat abgeschafft ist und in der Frauen selbstverständlich in allen Ämtern tätig sind. In vielen kreativen Aktionen und Gottesdienstfeiern taten sie ihre Forderungen kund. Berichte über diese Aktivitäten und Reaktionen darauf können Sie nachlesen unter <http://www.mariazweipunktnull.de/archiv/>

Pro Parität – Information und Argumente

In Deutschland wird seit über zehn Jahren über Parität bzw. Paritätsgesetze für die Politik diskutiert. Anlässlich 100 Jahre Frauenwahlrecht und 70 Jahre Grundgesetz eröffnen sich aktuell für den Bundestag und einige Landesparlamente Chancen für deren Einführung. Die Handreichung des Deutschen Frauenrats bietet umfassende Informationen über und Argumente für Paritätsgesetze und macht konkrete Vorschläge für Initiativen und Aktionen. Sie finden diese unter: <https://www.frauenrat.de/pro-paritaet-informationen-und-argumente/>

Handlungsbedarf bei Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Anlässlich der Öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) am 15. Mai 2019 hat der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) eine zügige Weiterentwicklung des Gesetzes gefordert. Insbesondere in der Öffentlichkeit stehende, sich politisch äussernde Frauen seien von Diskriminierung im Netz betroffen und Pöbeleien, sexistischer Anmache, der Androhung von Vergewaltigung bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt. Digitale Gewalt und Hate Speech hätten daher eindeutig eine Geschlechterdimension, die es zu bekämpfen gelte. Nachlesen können Sie dies in ihrer Pressemeldung unter: <https://www.djb.de/verein/Kom-u-AS/ASDigi/pm19-18/>

keine Selbstverständlichkeit

Freiburg, 23. Mai 2019. Vor 70 Jahren wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Ein Grund zum Feiern von grundlegenden Freiheits- und Gleichheitsrechten, aber auch zum Nachdenken. Angesichts von Rechtspopulismus sowie fremdenfeindlichen Parolen und Ausschreitungen tritt IN VIA Deutschland entschieden für Demokratie und für die Wahrung der Menschenrechte ein.

„Steigende Tendenzen zu Nationalismus, zu Juden-, Muslim- und Ausländerfeindlichkeit sowie zur Diskriminierung anders Denkender geben Anlass zur Sorge. Verstärkt waren jetzt vor der Europawahl in politischen Debatten, in der medialen Berichterstattung, in sozialen Netzwerken, aber auch im alltäglichen Miteinander menschenverachtende Töne wahrzunehmen“, stellt Marion Paar, Generalsekretärin von IN VIA Deutschland, fest. Umso wichtiger ist es, dass demokratische Werte wie der Schutz der Menschenwürde, das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Glaubensfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung sowie der Schutz von politisch Verfolgten erfahrbar und erlebbar werden. Um diese wichtige Arbeit auch zukünftig leisten zu können, sind Empowerment und Demokratiebildung nachhaltig zu stärken und entsprechende Angebote über eine Infrastrukturförderung zu sichern. Pressemeldung im Wortlaut unter: <http://www.invia-deutschland.de/presse/presse/demokratie-lernen-demokratie-leben>

IJAB-Mitgliederversammlung für ein weltoffenes, starkes Europa

IN VIA rief gemeinsam mit den anderen Mitgliedern von IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Qualifizierung & Ausbildung

Stellungnahme der BAG KJS zum Gesetzentwurf zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung (BBiMoG)

Am 15.05.2019 hat das Kabinett einen Gesetzentwurf zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung beschlossen. Die BAG KJS begrüßt insbesondere die Mindestausbildungsvergütung sowie die erweiterten Möglichkeiten zur Teilzeitausbildung. Dies sind wichtige Schritte, um die Situation junger Menschen, die von Benachteiligung oder Beeinträchtigungen betroffen sind, auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern. Jedoch mahnt die BAG KJS auch weitere Modernisierungen an. Denn angesichts 2,1 Millionen junger Erwachsenen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss, müssen weitere Modernisierungen – auch hin zu einer inklusiven beruflichen Bildung – ergriffen werden. Denn Ausbildung darf nicht zu Armut führen und die Mindestausbildungsvergütung muss für alle Auszubildenden gelten. Es muss daher darauf hingewirkt werden, dass sie nicht nur für Ausbildungen im dualen System, sondern auch für vollzeitschulische und weitere Ausbildungsgänge, wie die außerbetriebliche Berufsausbildung (BaE) gilt.

Die Stellungnahme der BAG KJS in Gänze erhalten Sie hier:

https://www.bagkjs.de/wp-content/uploads/2019/05/2019-05-17-Stellungnahme-BAG-KJS-_Gesetzentwurf-Modernisierung-und-Stärkung-der-beruflichen-Bildung.pdf

Aus der Forschung des DJI: Verunsichert am Übergang – Schulabsolvent/-innen blicken sorgenvoll in die eigene Zukunft

Junge Menschen befinden sich am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf an einer biografisch sensiblen Phase. Insbesondere Schulabsolvent/-innen mit niedrigeren oder fehlenden Bildungsabschlüssen drohen zu scheitern, obwohl die Chancen auf einen Ausbildungsplatz für Bewerber/-innen trotz teils erheblicher regionaler Unterschiede so gut wie lange nicht mehr sind und auch die Jugendarbeitslosenquote deutlich gesunken ist. Dennoch weist die aktuelle Übergangsforschung am Deutschen Jugendinstitut auf neue Herausforderungen hinsichtlich individueller Bewältigungsaufgaben hin. So wird dem Beruf gleichzeitig auch der Familie eine zunehmende Bedeutung beigemessen. Diese beiden Lebensbereiche in Einklang zu bringen ist eine zentrale Herausforderung. Der Wandel der Anforderungen am Übergang besteht also darin, dass sich Jugendliche heute zwar weniger um eine Platzierung auf dem Arbeitsmarkt sorgen, dafür aber in weit stärkerem Maße mit der Komplexität von Entscheidungen und berufsbiografischen Unsicherheiten umgehen müssen. Insbesondere junge Frauen und Jugendliche aus sozial schwächeren Herkunftsfamilien haben größere Zukunftsängste. Die beobachtbare verbreitete Verunsicherung unter Jugendlichen am Übergang trotz offensichtlich verbesserter Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes wird als „Optionsparadox“ identifiziert. (Quelle: ueberaus.de)

Weitere Details hierzu erhalten Sie hier:

<https://www.ueberaus.de/wvs/verunsichert-am-uebergang.php>

Jugendsozialarbeit

„Starke-Familien-Gesetz“ bringt Verbesserungen für Familien mit niedrigem Einkommen und schafft faire Chancen auf gesellschaftliche Teil-

bei deren Mitgliederversammlung am 22. Mai in Bonn dazu auf, bei der Europawahl für ein weltoffenes, starkes Europa zu stimmen. Der Vorsitzende Lothar Harles erklärte, die U18-Wahlen hätten gezeigt, dass junge Menschen in Deutschland ihre Hoffnung in die Zukunft Europas setzten. Er appellierte an alle Bürger/-innen, diesem Beispiel zu folgen.



Mitglieder der Vorstands von IJAB
Foto: Mareike Krebs

Zum Schwerpunktthema „Demokratiebildung in Europa – Chancen und Herausforderungen der europäischen und internationalen Jugendarbeit“ war die Leiterin der Jugendabteilung des Europarates, Antje Rothmund, per Videoschaltung zu Gast und stellte ihre Arbeit im Bereich Menschenrechts- und Demokratiebildung vor. Aufgrund der finanziellen Krise des Europarates ist in der Diskussion, den Jugendbereich aus dem Haushalt 2021 des Europarates herauszunehmen. Nicht zuletzt mit dem Europäischen Übereinkommen über die Au-pair-Beschäftigung von 1969 hat der Europarat wichtige Standards gesetzt. Informiert wurde zudem über die bundesweite „Aktionswoche #Internationalheart“ für mehr Sichtbarkeit und Anerkennung des Europäischen und Internationalen Jugendaustausches, die vom 16. bis 20. September stattfindet und von IN VIA unterstützt wird. Mehr Informationen zur Aktionswoche unter:

habe für Kinder

Anfang Mai 2019 ist das Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern (Starke-Familien-Gesetz) verkündet worden. Unter anderem wird das Bildungs- und Teilhabepaket zum 1. August 2019 verbessert: Das Schulstarterpaket steigt von 100 Euro auf 150 Euro und wird in den Folgejahren angepasst. Ebenso fallen künftig Eigenanteile der Eltern für das Mittagessen in Kita und Schule sowie für die Beförderung von Schüler/-innen weg. Lernförderung kann künftig auch dann für Schulkinder beansprucht werden, wenn keine unmittelbare Versetzungsgefahr besteht.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Webseite des Bundesfamilienministeriums unter:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gesetze/starke-familien-gesetz/131178>

Bildung

Schweigen in Schulen ist nicht neutral

Kontroverse Bundestagsdebatten sind Anlass, politische Prozesse in der Schule zu erörtern. Aktuell sind viele Lehrer/-innen verunsichert, was die Behandlung von Parteien und politischen Standpunkten betrifft: Wie sehr können sie sich positionieren, ohne das Neutralitätsgebot zu verletzen? Können sie diskriminierende Äußerungen, die im Unterricht fallen, tolerieren oder sollen sie einschreiten? Die Publikation des Instituts für Menschenrechte „Schweigen ist nicht neutral – Menschenrechtliche Anforderungen an Neutralität und Kontroversität in der Schule“ möchte in diesem Spannungsfeld für Klarheit sorgen. Sie ist eingestellt unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/index.php?id=215&tx_news_pi1%5Bnews%5D=1859&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&Hash=e5dd8649b3c23f9c6ad9829c3cce0aad

Aufruf: Wie steht es um die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland? Die Kinder und Jugendlichen sind gefragt!

Die National Coalition Deutschland lädt alle Kinder und Jugendlichen zum Mitmachen beim Zweiten Kinderrechtebericht ein. Dieser wird von der National Coalition an den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes übermittelt. Der UN-Ausschuss soll sich ein umfassendes Bild über die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) in Deutschland machen können und selbstverständlich ist dazu die Sicht der wirklichen Experten für Kinderrechte besonders relevant: Die der Kinder und Jugendlichen. Die Einladung zum Mitmachen soll möglichst viele Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland erreichen - bitte verbreiten! Je nach Alter werden die Teilnehmenden zu einer unterschiedlichen Version des Fragebogens geleitet. Mitmachen können Kinder und Jugendliche sowohl digital als auch analog. Deadline für das Ausfüllen ist der 30. Juni 2019! Weitere Informationen unter: www.kinderrechtebericht.de/ und im Anhang zu diesen Nachrichten.

Schule muss ein Ort der religiösen Toleranz sein

Das Institut für Menschenrechte spricht sich gegen generelle Kopftuchverbote für Schülerinnen aus. Diese Verbote seien unverhältnismäßig. Sie würden die religionsverfassungsrechtliche und menschenrechtliche Pflicht missachten, auch in der Schule religiöse Pluralität zu ermöglichen sowie religiöse Toleranz zu fördern. Kinder genießen Religionsfreiheit und der Staat hat daher

<https://www.ijab.de/international-heart/>

Aus den Mitgliedsverbänden

IN VIA Quakenbrück

IN VIA Quakenbrück feiert 20-jähriges Dienstjubiläum - „Die leben ihren Namen - auf dem Weg sein“ Während des Festaktes am 17. Mai sprachen Wegbegleiter/-innen des Vereins vom „Erfolgsmodell Quakenbrück“. Marion Paar, Generalsekretärin von IN VIA Deutschland, referierte über die Geschichte und Ziele des 1894 gegründeten Verbandes. Bis heute gebe es immer wieder neue Projekte und große Herausforderungen, die Menschen wie Geschäftsführerin Martina Uhlenkamp und ihr Team mit hoher Kreativität und Kompetenz meistern würden.



Das Team von IN VIA Quakenbrück
Foto: Alexandra Lüders

Besonders am Herzen lag Paar die Schulsozialarbeit, die in den Sozialraum der Kinder hineinwirken würde. „IN VIA Quakenbrück inspiriert uns, wir alle schauen hierher und entwickeln ein Gefühl der Zusammengehörigkeit.“

Mitarbeiterinnen aus der Schulsozialarbeit, dem Projekt Paula für junge Mütter, dem Projekt Lernen durch Engagement an Schulen, der Sprachförderung für zugewanderte Frauen und aus dem Projekt Familienschule/ Familienklassenzimmer stellten ihre Arbeit vor.

In verschiedenen Statements erfuhr die innovative Arbeit des Verbandes große Wertschätzung, etwa

grundsätzlich zu respektieren, wenn ein Kind auch in der Schule die Gebote seiner Religion einhalten will. Das Institut für Menschenrechte hat hierzu die Publikation „Die Religionsfreiheit von Kindern im schulischen Raum – Zur Diskussion über Kopftuchverbote für Schülerinnen“ veröffentlicht, die eingestellt ist unter https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/index.php?id=215&tx_news_pi1%5Bnews%5D=1861&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&cHash=d1c3136ab293a6835a027b5b0ed3f26f

Migration & Flucht

Positionierung Frauen ohne Papiere

Unter dem Titel „Frauen ohne legalen Aufenthaltsstatus – Mädchen und Frauen aus der Rechtlosigkeit holen!“ wurde das Kampagnen-Positionspapier fortgeschrieben und neu veröffentlicht. Herausgenommen wurden die Passagen, die sich auf Flucht und Menschenhandel beziehen. In den Mittelpunkt gestellt werden nun die Lebenslagen von Frauen, die schon länger ohne Aufenthaltspapiere in Deutschland leben. Darüber hinaus wurden aufgrund neuerer Entwicklungen Positionen angepasst bzw. ergänzt. Die Positionierung ist eingestellt unter: <http://www.invia-deutschland.de/fachliches/veroeffentlichungen/migration/migration>

Mehrsprachige Broschüren zur Unterstützung der Beratung von schwangeren Frauen mit Fluchthintergrund

Die Broschüren „Wenn Sie in Deutschland ein Kind erwarten“ bieten wesentliche Informationen rund um Schwangerschaft, Gesundheit, Geburt, Ämter, Papiere und Geld. Dabei werden die kurzen und prägnanten Texte zu den verschiedenen Themen durch passende Bilder ergänzt. Die Broschüren dienen als Unterstützung in Beratungsgesprächen, aber auch als Merkposten für schwangere Frauen, die die Informationsmaterialien nach der Beratung mitnehmen können. Verantwortlich für die Materialien und Texte ist die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Die Versionen Deutsch/Arabisch sowie Englisch/Französisch stehen jeweils in Farbe sowie in Schwarzweiß zum Download und Ausdrucken hier zur Verfügung:

<https://www.caritas.de/hilfeundberatung/ratgeber/familie/schwangerschaft/wenn-sie-in-deutschland-ein-kind-erwarte>

Start des Programms „Neustart im Team“- Staatlich-gesellschaftliches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (NesT)

Die Bundesregierung hat den Startschuss gegeben für „Neustart im Team“ (NesT). Im Rahmen des Programms werden bis zu 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete vom UNHCR in den Erstzufluchtsstaaten ausgewählt und erhalten in Deutschland einen zunächst dreijährigen Aufenthaltstitel. Mentoring-Gruppen aus mindestens fünf Personen unterstützen und begleiten die aufgenommenen Personen beim Einleben in Deutschland: Sie suchen eine Wohnung und finanzieren die Kaltmiete für zwei Jahre. Außerdem unterstützen sie die Schutzbedürftigen ein Jahr lang ideell auf ihrem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe. Bestimmte Personen vorzuschlagen ist im Rahmen des Pilotprojekts zunächst nicht möglich. Der Deutsche Caritasverband ist als Teil der Zivilgesellschaftlichen Kontaktstelle (ZKS) an der Entwicklung des Programms beteiligt. Mehr Informationen unter: <https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/migration/neustart-im-team>



durch den Landrat des Landkreises Osnabrück, Michael Lübbersmann, den Samtgemeindebürgermeister Claus Peter Poppe und den stellvertretenden Diözesancaritasdirektor Günter Sandfort.



v.l.n.r.: Michael Lübbersmann, Günter Sandfort, Marion Paar, Petra Meyer
Foto: Alexandra Lüders

Auch kreative Kostproben ihrer Arbeit zeigten Mädchen und Frauen aus den Projekten in der Feierstunde. Diese begeisterten die Gäste ebenso wie das internationale Buffet mit arabischen Köstlichkeiten des Projektes „Marhaba“.

UN-Ausschuss gegen Folter kritisiert Deutschland wegen Anker-Zentren

Der UN-Ausschuss gegen Folter hat in einer Stellungnahme die Anker-Zentren in Deutschland kritisiert. Er hat unter anderem die lange Haftzeit in den Anker-Zentren kritisiert. Die Freiheit der dort oft für lange Zeit in räumlicher Abgeschiedenheit lebenden Asylbewerber/-innen sei eingeschränkt. Zudem könnten sie außerhalb der Zentren keine medizinische oder soziale Unterstützung erhalten und Abschiebungen würden nach Berichten unter Zwang vollzogen. Das Dokument ist eingestellt unter <http://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2fPPRiCAqKb7yhsmoLqL9rS46HZRONmdQS5bMu6Q%2fkFJZOEnMSb%2fEHrDyeVNYX4NXuKi1LYtcWwMBnVaThlBrXVa%2fgNcF6B%2fgnF%2fvR0K%2bDztYlrSPyi2XfuWoZ>

Gender

Gender-Pay-Gap in Deutschland: Lohnlücke zwischen Frauen und Männern variiert innerhalb Deutschland erheblich

In Deutschland verdienen Frauen nach wie vor weniger als Männer. Der Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt, wie hoch die Lohnlücken ausfallen, wenn Männer und Frauen mit gleichen Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsverläufen verglichen werden. Im Jahr 2016 war ihr durchschnittliches Arbeitsentgelt nach Berechnungen durch das IAB um insgesamt rund 21 Prozent geringer. Auf Kreisebene variiert diese Lohnlücke erheblich: So verdienen Frauen beispielsweise im Bodenseekreis 41 Prozent weniger als Männer, in Cottbus dagegen 4 Prozent mehr. In insgesamt vier Kreisen Ostdeutschlands erhielten Frauen im Durchschnitt mehr Lohn.

Der Kurzbericht beleuchtet v.a. auch Gründe für die geringeren Löhne der Frauen. Dabei liegen die Unterschiede weniger in der formalen Qualifikation, denn mittlerweile schließen in Deutschland mehr junge Frauen als Männer die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife ab. Vielmehr gibt es auffällige geschlechtsspezifische Unterschiede in der Berufserfahrung. Diese steigt grundsätzlich mit dem Alter und der Zeit im Berufsleben. Da Frauen wesentlich häufiger als Männer ihre Erwerbstätigkeit für Kindererziehung und Familienphasen unterbrechen, sammeln sie weniger Berufserfahrung. Die Folge ist ein Lohnabschlag aufgrund familienbedingter Erwerbsunterbrechungen. Dieser Lohnabschlag erreicht bis zu 18 Prozent pro Kind und fällt damit wesentlich höher aus als etwa in Großbritannien oder den USA. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB)

Weitere Details sowie Gründe für geringere Löhne finden sie hier:

<http://doku.iab.de/kurzber/2019/kb1019.pdf>

Bahnhofsmision

Deutsche Bahn Stiftung fördert partizipative Bildungsangebote für Benachteiligte

In der Bahnhofsmision Freiburg werden Gäste zu „Mitgestalter/-innen“, wenn Mittwohabend das „Nachtcafé“ öffnet. Dann trifft sich eine Gruppe von Gästen der Bahnhofsmision, um sich mit selbstgewählten Themen zu beschäftigen. Das Vorbereitungsteam lädt sich Experten ein, veranstaltet Spieleabende oder organisiert z. B. eine historische Stadtführung. Mit dabei sind u. a. wohnungslose, suchtabhängige und psychisch kranke Gäste der Bahnhofsmision. Die Gäste selbst übernehmen Verantwortung und Aufgaben in der Vorbereitung

und Durchführung. Die positiven Wirkungen dieses partizipativen Ansatzes sind nicht nur bei den Gästen, sondern auch in der Bahnhofsmision insgesamt spürbar.

Weitere niedrigschwellige Bildungsprojekte laufen schon seit einem Jahr erfolgreich in den Bahnhofsmisionen Karlsruhe, Oldenburg und Düsseldorf. Die Projektstandorte trafen sich im Mai, um ihre Erfahrungen auszutauschen und der Deutschen Bahn Stiftung als Förderin zu berichten. Diese ist vom Erfolg der Projekte so überzeugt, dass sie im Frühjahr eine neue Förderrunde ausgelobt hat. Davon profitiert u. a. die Bahnhofsmision Offenburg, die in den nächsten beiden Jahren mit ihrem Projekt „Mission inklusiv“ das Ehrenamt der Bahnhofsmision für ALLE öffnen wird.

Freifahrtgenehmigung zur Teilnahme am Festakt zum Jubiläum 125 Jahre Bahnhofsmision

Die Deutsche Bahn stellt ein kostenfreies Fahrkartenkontingent zur Anreise der ehrenamtlichen Mitarbeitenden zum 125jährigen Jubiläum der Bahnhofsmision am 26./27.09.2019 in Berlin zur Verfügung. Über die Buchungsmodalitäten informiert die Bundesgeschäftsstelle der Bahnhofsmision die Einrichtungen separat. Eine Erstattung für bereits gekaufte Tickets ist nicht möglich.

Neue Programme & Projektausschreibungen

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ – Bewerbungsphase startet

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums geht 2020 in die zweite Förderperiode. Das Programm „unterstützt präventiv-pädagogische Arbeit gegen Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere gegen Rechtsextremismus, islamistischen Extremismus und linken Extremismus sowie Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Es entwickelt zielgerichtete Strategien im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Kommunen, Ländern, dem Bund und der Zivilgesellschaft.

Für die Phase ab 2020 können sich alle Organisationen für Projekte bewerben, die die jeweiligen Fördervoraussetzungen erfüllen. Interessenbekundungsverfahren starten am 27. Mai 2019. Nähere Informationen finden Sie unter www.demokratie-leben.de

Termine & Tagungen

Fachtag in der Jugendberufshilfe am 04. Juli 2019 in Köln: Weil Jugend Zukunft verdient – Der Beitrag der Jugendberufshilfe zu aktuellen Herausforderungen für junge Menschen

„Weil Jugend Zukunft verdient“ gilt zweifellos als Motto der Jugendberufshilfe und der Unterstützung junger Menschen am Übergang Schule – Beruf. Denn er gelingt nicht allen jungen Menschen mit Leichtigkeit. Sie sind angewiesen auf Beratung, Begleitung und kontinuierliche Unterstützung durch Fachkräfte der Jugendberufshilfe. Das haben sie verdient!

Der Fokus der Tagung richtet sich auf die notwendige Unterstützung junger Menschen beim Übergang Schule – Beruf und den sich daraus ableitenden Herausforderungen für die Fachkräfte der Jugendberufshilfe. Neben Fachimpulsen bieten verschiedenste Workshops mit aktuellen jugendberufshilfe relevanten Themen Einblick in gute Praxis und Gelegenheit zu intensivem Austausch.

Einladung und Programm finden Sie hier:

<http://www.invia-deutschland.de/fachliches/fortbildungen-und-tagungen/fortbildungen-und-tagungen> unter der Rubrik „Öffentlich ausgeschriebene Fachtagungen und Fortbildungen“. Anmeldeschluss ist der 26. Juni 2019.

Fachtagung „FGM_C – ein Thema in Beratungsfeldern der verbandlichen Caritas!?“ am 21. + 22.10.2019 in Frankfurt a.M.

Der Deutsche Caritasverband (DCV), IN VIA Deutschland und der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) laden zu einer Fachtagung zur weiblichen Genitalbeschneidung/Genitalverstümmelung (engl. female genital mutilation/cutting, kurz: FGM_C) ein. In Deutschland sind nach Angaben der INTEGRA-Studie von 2016 etwa 47.000 Frauen von FGM_C betroffen. Die Zahl der gefährdeten Mädchen wird auf 1.500 bis 5.600 geschätzt. Die Tagung richtet sich an Leitungs- und Fachkräfte aus der Schwangerschaftsberatung, dem Bereich Migration und Integration, der Jugendsozialarbeit sowie der Mädchen- und Frauensozialarbeit. Das Programm inklusive Informationen zur Anmeldung finden Sie im Anhang zu diesen Nachrichten.

Literatur- & Webtipps

Aktuelle Fachzeitschrift DREIZEHN zum Thema „Europa!“

Was halten Jugendliche von Europa? Wie geht es ihnen wirtschaftlich? Wie wird der europäische Gedanke weiterleben? Europäische Identität entsteht, wenn man sich der Vielfalt Europas bewusst wird. Zum Beispiel, dass man frei reisen kann, überall mit seinem Handy online ist und in den meisten Ländern mit einer gemeinsamen Währung bezahlen kann. Wie machen wir Jugendlichen diese Vielfalt bewusst, wenn sie bildungsbenachteiligt sind oder sich durch einen ländlichen Wohnort abgeschnitten fühlen? Die neue DREIZEHN will Möglichkeiten aufzeigen, wie Europa für die Jugend erfahrbar sein kann. Denn ohne Erfahrung bleibt Europa abstrakt. Mobilität und internationales Aufeinandertreffen, spielerische Auseinandersetzung mit Europa und Seminare zur politischen Bildung, all dies kann einen Grundstein legen, um europäische Identität zu formen.

Exemplare der DREIZEHN können Sie bestellen bei: dreizehn@jugendsozialarbeit.de oder online als PDF herunterladen unter:

<https://jugendsozialarbeit.de/veroeffentlichungen/fachzeitschrift-dreizehn/ausgabe-21/>

LAG Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen: Zukunft junger Menschen in Europa

„Denk ich an Europa in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Das Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Kräfte in Europa erfüllt mit Sorge. Die rigiden Maßnahmen der Grenzsicherung gerade in Südeuropa sowie der Umgang mit und der Streit um die Verteilung von Flüchtlingen waren und sind präsent in den Medien. Der Kontakt zu Menschen anderer europäischer Länder hilft, Vorurteile abzubauen und nationalistischen Tendenzen vorzubeugen. Gerade diese Begegnungen sind zukünftig umfangreicher und intensiver zu fördern. Dass es hierzu nicht immer europäischer Förderprogramme bedarf und welche Vorhaben zur Verbesserung der Teilhabechancen benachteiligter junger Menschen die Parteien in ihren Programmen vorschlagen, skizziert Stefan Ewers in der neuen Ausgabe von jugendsozialarbeit aktuell. http://www.jugendsozialarbeit.info/jsa/lagkjsnrw/web.nsf/id/li_ksaaktuell17619.html

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe): Demokratiepädagogik & Europaskepsis

Europaskepsis drückt sich aus im Unverständnis gegenüber der institutionellen Regelungen bis hin zur kompletten Ablehnung der europäischen Werte. Gleichzeitig gibt es eine große Zahl junger Europäer/-innen, die die europäische Vision als Selbstverständlichkeit empfinden. Demokratiebildung hat hierbei die Aufgabe, sich sowohl mit der Kritik an Europa als auch mit den Teilhabemöglichkeiten auseinanderzusetzen. Die DeGeDe gibt in der Publikation „Demokratiepädagogik & Europaskepsis“ einen informativen Überblick zu Hintergründen, Einstellungen, Methoden und guten Beispielen aus der Praxis.

Quelle und Download:

<https://www.openion.de/themenportal/beitrag/europa-braucht-grenz%C3%BCberschreitende-zusammenarbeit/>

Gelingensbedingungen für Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern in der Demokratiebildung

Das Bundesprogramm OPENION fördert bundesweit über 200 Projektverbünde, bestehend aus lokalen Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern. Die Verbünde erproben gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern Formen zeitgemäßer Demokratiebildung. Ein Erklärfilm beleuchtet jetzt diese Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern in der Demokratiebildung. Drei Projektverbünde erzählen, welche Potenziale und Chancen sie in Kooperationen sehen, welche Herausforderungen im Alltag gemeinsam gemeistert werden müssen und welche Tipps und Hinweise sie anderen Lehrkräften, erwachsenen Begleiter/-innen und Vertreter/-innen von außerschulischen Partnern mitgeben möchten.

Quelle und Erklärfilm: <https://www.openion.de/themenportal/beitrag/demokratiebildung-ist-etwas-gesamtgesellschaftliches/>

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- Führen von Mitarbeitergesprächen – Zusammenarbeit positiv gestalten, 18.07. – 19.07.2019, www.invia-akademie.de

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- Seminar „Ressourcen, Lösungen, Respekt – Handwerkszeug für die Systemische Sozialarbeit, 02.09. – 05.09.2019 in Bergisch-Gladbach

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen, die Sie über www.caritas-akademien.de finden. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: www.invia-akademie.de.



IMPRESSUM:
IN VIA Katholischer Verband
für Mädchen- und Frauen-
sozialarbeit Deutschland e.V.
Karlstr. 40, 79140 Freiburg
Redaktion: Marion Paar
Regina Razzaq

Redaktionsschluss der näch-
sten Ausgabe: 11.06.2019

Berichte an:
regina.razzaq@caritas.de